

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Ministerium für
Arbeit, Gesundheit und Soziales
Referat V A 1
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf

1. Antragsteller	
Name/Bezeichnung:	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis
Gemeindekennziffer	
Internet	Adresse/Homepage
Vor- und Zunamen des/der Handlungs-/Vertretungsberechtigten	E-Mail-Adresse
Auskunft erteilt:	Name / Tel. Durchwahl / Telefax / E-Mail-Adresse
Auskunftsvertretung	Name / Tel. Durchwahl / Telefax / E-Mail-Adresse
Bankverbindung:	IBAN / BIC / Bezeichnung des Kreditinstituts

2. Maßnahme / Projektbezeichnung	
Projektziel, genaue Bezeichnung deswendungszwecks (Kurzbeschreibung zu Ziel und Inhalt), ggf. Förderprogramm benennen Gemäß Förderangebot des MAGS (s. Anlage)	
Durchführungszeitraum:	von/bis

3. Finanzierungsplan				
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
	2019	2020	2021	2022
	in €			
3.1 Gesamtkosten (vgl. anliegende detaillierte Kalkulation)				
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
3.3 abzüglich Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)	./.	./.	./.	./.
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	=	=	=
3.5 Beantragte Förderung				
3.6 Bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch:				
3.7 Eigenanteil*				

*) ohne den im Falle einer Differenz zwischen 3.1 und 3.2 aufzubringenden Deckungsbetrag

Beantragte Förderung		
Zwendungsbereich	in € von Nr. 3.4	von Hundert von Nr. 3.4
Personalausgaben:		%
		%
		%
Sachausgaben:		%
arbeitsplatzbezogen		%
projektbezogen einmalig in 2019 (s. Anlage)		%
		%
Summe:		%

5. Begründung

5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

Begründung s. Anlage (Förderangebot MAGS)

5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten. Unter anderem ist auch darzustellen, wie eine Deckungslücke zwischen den betriebswirtschaftlichen Gesamtkosten (3.1) und den zuwendungsfähigen Ausgaben (3.2) geschlossen wird – Sicherung der Gesamtfinanzierung)

Begründung s. Anlage (Förderangebot MAGS)

6. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.)

7. Erklärungen

Der Antragstellende erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- 7.2 die Gesamtfinanzierung bei Gewährung der beantragten Landesförderung gesichert ist,
- 7.3 er zum Vorsteuerabzug
- berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- nicht berechtigt ist.
- 7.4 er einem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege angehört
- ja Bezeichnung/Anschrift:
- nein
- 7.5 die in diesem Antrag (einschließlich Antragsanlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- 7.6 **Hinweis auf § 264 StGB:**
- Ich, der Antragstellende, erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass
- sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigefügten Anlagen/Vordrucke gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
 - sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
 - die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.

- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
 1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind,
 2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende,
 3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder
 4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.
- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.

7.7 Weitergabe von Daten

Ich, der Antragstellende, nehme zur Kenntnis, dass Daten, die ich in diesem Antrag und während der Bearbeitung des Förderprojektes der Bezirksregierung Düsseldorf mitteile zur Entscheidung über den Förderantrag und die spätere Bearbeitung des Förderprojektes erforderlich sind. Sie werden zu diesem Zwecke gespeichert. Diese Daten werden ggf. an das zuständige Ministerium und den Landesrechnungshof weitergegeben, soweit dies für die Bearbeitung oder im Rahmen eines Fördercontrollings bzw. einer Prüfung erforderlich ist. Die Datenverarbeitung beruht auf § 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO in Verbindung mit § 3 DSG NW, dem jährlichen Haushaltsgesetz und den jeweils einzelnen Fördererlassen. Die weitergehende Informationen zu meinen Rechten als Betroffene/r unter <http://www.brd.nrw.de/service/datenschutz.html>, die auch schriftlich oder mündlich bei der Bezirksregierung Düsseldorf erfragt werden können, habe ich zur Kenntnis genommen.

8. Anlagen

Angaben zu den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern

Förderangebot MAGS

Sachkosten

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des/der Handlungsberechtigten

.....

.....

In Druckbuchstaben

Hinweise zu den Eintragungen

1. Antragstellerin/Antragsteller
2. Maßnahme
3. Finanzierungsplan
4. Beantragte Förderung
5. Begründung
6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
7. Erklärungen
8. Anlagen

Zu Nr. 2 - Maßnahme -

Eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme und der zu erreichenden Ziele inklusive der Zwischenziele. Erforderlich ist ein messbares, überprüfbares Ergebnis am Ende des Projektes. Umfang, Notwendigkeit usw. der Maßnahme sind unter Nr. 5 - Begründung - zu erläutern.

Zu Nr. 3 - Finanzierungsplan –

3.1 Angabe der Gesamtkosten der Maßnahme. Anzugeben sind alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden Kosten, unabhängig davon, ob die Beträge zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Die aufgegliederte Berechnung der Kosten ist in der dem Antrag beizufügenden Kostenberechnung darzustellen. Art und Umfang der Kostengliederung sind den förderungsspezifischen Bedürfnissen anzupassen.

3.2 Davon grundsätzlich zuwendungsfähig, also der Betrag, der alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden Ausgaben ausweist, soweit die Ausgaben nach Einschätzung des Antragstellers dem Grunde nach tatsächlich zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Soweit die Antragstellerin/der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, ist dies bei der Ermittlung der Ausgaben zu berücksichtigen.

3.3 Vorweg abzuziehen sind Leistungen Dritter, die in Zusammenhang mit der Maßnahme stehen, also Entgelte, zweckgebundene Spenden, Einnahmen, Mitglieds- und Tagungsbeiträge etc. Sie sind nicht bei der Ermittlung des Vorhundertersatzes der Landesförderung zu berücksichtigen.

3.4 Auf der Grundlage der so ermittelten zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wird die Höhe der Zuwendung ermittelt.

3.5 Zuwendung ist der Betrag, den das Land zu der Maßnahme beisteuern soll. Die Höhe des Betrages ist u. a. von der Interessenlage des Landes abhängig.

3.6 Hier sind bewilligte/beantragte öffentliche Förderungen von anderen Stellen des Landes und/oder jur. Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Bund) anzugeben.

3.7 Eigenanteil ist der Betrag, den die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger zur Finanzierung der Maßnahme beizutragen hat.

Zu Nr.5.2 – Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung

Hier hat der Antragsteller u.a. dazu Stellung zu nehmen, wie er gegebenenfalls die Differenz zwischen den unter 3.1 ausgewiesenen Gesamtkosten und den unter 3.2 ermittelten grundsätzlich zuwendungsfähigen Ausgaben auffängt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die bindende Erklärung zur Sicherung der Gesamtfinanzierung unter Nr. 7.2 hingewiesen.

Anlage Angaben zu den Mitarbeitern / Personalausgaben

	1	2	3
Name:			
Vorname:			
geboren am:			
Entgeltgruppe/-stufe nach TV-L	_____/____	_____/____	_____/____
Berufliche Qualifikation			
eingesetzt als...			
Vollzeit/Teilzeit <input checked="" type="checkbox"/> bitte ankreuzen	<input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit mit ____Std/Wo	<input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit mit ____Std/Wo	<input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit mit ____Std/Wo
<u>projektbezogen</u> zusätzlich eingestellt?	<input type="checkbox"/> ja, ab _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ab _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ab _____ <input type="checkbox"/> nein
Wenn nein: bisherige Entgeltgruppe TV-L			
<u>projektbezogener</u> Beschäftigungsumfang pro Woche:	____Std/Wo	____Std/Wo	____Std/Wo
Personalausgaben insgesamt (ggf. inkl. Pauschalversteuerung)	_____€	_____€	_____€
<input type="checkbox"/> Tarifliche Bindung. Bezeichnung des Tarifs: _____ Eine Vollzeitstelle umfasst _____ Wochenstunden.			

Ich bestätige, dass ich die Personen, deren Daten ich im Rahmen des Antrags und im weiteren Verlauf des Förderverfahrens an die Bezirksregierung Düsseldorf weiterleite, über die Weiterleitung an die Bezirksregierung und gegebenenfalls das zuständige Ministerium und den Landesrechnungshof gem. Datenschutzgrundverordnung informiert habe bzw. informieren werde.

Weiterhin bestätige ich, dass ich den/ die Weiterleitungsempfänger/Kooperationspartner darüber informiert habe, dass ich alle Daten, die er/ sie mir im Förderverfahren mitteilt, an die zuständige Bezirksregierung übermittle. Ebenso habe ich ihn darüber informiert, dass die Daten gespeichert werden und ggfls. zum Zwecke des Fördercontrollings bzw. Prüfung an das zuständige Ministerium bzw. den Landesrechnungshof übermittelt werden. Den/die Weiterleitungsempfänger habe ich auf seine/ihre Verpflichtung hingewiesen, alle Personen, deren Daten im Rahmen des Förderverfahrens weitergegeben werden, über die Weitergabe der Daten und deren Speicherung zu belehren.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des/der Handlungsberechtigten

In Druckbuchstaben:

Bemerkungen:

